

Passau, 5. Juli 2018

Fünf-Jahres-Bilanz von Präsident Mederer: „Wir haben die Bezirke auf allen Ebenen ein gutes Stück vorangebracht“

Staatsminister Sibler würdigt die Arbeit der Bezirke als unerlässlich und wegweisend

Passau, den 5. Juli 2018 – In Passau hat heute die Vollversammlung des Bayerischen Bezirketags begonnen. Sie steht unter dem Titel „Psychisch Kranke im Spiegel der Gesellschaft – Facetten einer bedarfsgerechten Versorgung“. Zum Auftakt betonte der Bayerische Ministerpräsident, Dr. Markus Söder, in einer Videobotschaft, die überaus wichtige Rolle der sieben bayerischen Bezirke und ihres Spitzenverbands für ein funktionierendes Gemeinwesen im Freistaat Bayern. Mit einer modernen, zeitgemäßen und flächendeckenden psychiatrischen Versorgung der Menschen setzten die Bezirke und der Bayerische Bezirketag seit Jahrzehnten Maßstäbe. Mit dem neuen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG), das in Kürze im Bayerischen Landtag verabschiedet werde, setze der Freistaat Bayern in enger Zusammenarbeit mit den Bezirken und deren Facheinrichtungen nun eine Wegemarke, die auf guter gesetzlicher Grundlage verlässlich in die Zukunft weise – so der Ministerpräsident.

Auch der Bayerische Kultusminister Bernd Sibler würdigte in seiner Festrede die Bedeutung der Bezirke und des Bezirketags. Er sei immer ein überzeugter Anhänger der dritten kommunalen Ebene und ihrer für das Gemeinwesen wichtigen Aufgaben gewesen. Vor allem hob er den identitätsstiftenden Charakter der Bezirke für die Menschen in den Regionen hervor. Zudem leisteten die Bezirke mit ihren Einrichtungen durch die flächendeckende psychiatrische Versorgung eine wichtige fachliche und menschliche Arbeit. Im aktuellen Gesetzgebungsverfahren zum PsychKHG sei der nun vorliegende Entwurf das Ergebnis guter und enger Beratungen auch mit den Bezirken.

Der Präsident des Bayerischen Bezirketags, Josef Mederer, zog danach eine pointierte Bilanz der zurückliegenden fünf Jahre und skizzierte die Herausforderungen, denen sich die Bezirke heute und in den kommenden Jahren zu stellen haben. So sei es beispielsweise gelungen, ein modernes und wegweisendes Maßregelvollzugsgesetz für die forensische Psychiatrie zu erarbeiten und umzusetzen. Ein besonderer Erfolg sei es, so Mederer, dass jeder Maßregelvollzugseinrichtung, die die Entlassung eines Patienten vorbereitet, nun forensische Ambulanzen für die Nachsorgebetreuung verpflichtend zur Verfügung stehen.

Auch das neue Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG) trage, so Mederer, erheblich zu einer Verbesserung der psychiatrischen Versorgung in Bayern bei. Ein wichtiger Meilenstein sei hier der Auftrag an die Bezirke einen flächendeckenden Krisendienstes für Menschen in psychischen Notlagen zu schaffen. Er begrüße nachdrücklich, dass sich die Bayerische Staatsregierung bereit erklärt habe, zu dessen Mitfinanzierung für die in allen Bezirken zu entrichtenden Leitstellen einen Betrag von jährlich 7,7 Millionen Euro in die Hand zu nehmen. Der psychiatrische Krisendienst werde damit in Zukunft Menschen in psychischen Notlagen als Anlaufstelle rund um die Uhr und 365 Tage im Jahr zur Verfügung stehen. Auch der Bereich der öffentlich-rechtlichen Unterbringung sei nun neu und im Sinne eines Hilfefgesetzes geregelt. Insbesondere, hob Mederer hervor, sei es auch aufgrund des öffentlichen Drucks und der in der Sache überzeugenden Argumentation der sieben bayerischen Bezirke und des Bayerischen Bezirkstags gelungen, die zunächst vorgesehene, stark stigmatisierende Unterbringungsdatei aus dem PsychKHG zu streichen. Dies sei eine erhebliche Verbesserung für die von diesem Gesetz betroffenen Menschen.

Dass den Bezirken mit Jahresbeginn nun auch die Zuständigkeit für die ambulante Hilfe zur Pflege übertragen wurde, lobte Mederer ebenfalls als wichtigen Schritt. Die Bezirke verstünden dies jedoch auch als Auftrag, vor allem die bereits bestehenden Beratungsstrukturen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen in ganz Bayern weiter zu verbessern. Die flächendeckende Einrichtung von Pflegestützpunkten, die auf bewährte Beratungsstrukturen vor Ort aufbauen und umfassende Beratung unter einem Dach anbieten, sei hierfür ein vielversprechendes Modell. Die Bezirke sehen sich hier in einer Vorreiterrolle. Allerdings müsse die finanzielle Last dabei auf mehrere Schultern verteilt werden. Neben der kommunalen Seite stünden hierbei insbesondere die Pflege- und Krankenkassen in der Pflicht. Aber auch der Freistaat Bayern müsse sich an den Kosten der Pflegestützpunkte angemessen beteiligen.

Insgesamt sieht Mederer die Bezirke und den Bezirkstag als verlässliche Partner in wichtigen Fragen der Sozial- und Gesundheitspolitik und damit wichtige Bausteine der Daseinsvorsorge im Freistaat Bayern weiterhin auf einem sehr guten Weg. Daher freue er sich über die heute deutlich gewordene Wertschätzung des Ministerpräsidenten und des Kultusministers. Beide hätten deutlich gemacht, wie wichtig die Bezirke auch in Zukunft für das Gemeinwesen im Freistaat seien. Die heute von der Vollversammlung formulierten zwölf Forderungen des Bayerischen Bezirkstags zur Landtagswahl 2018 machten deutlich, wo dieser die künftige Landesregierung in der Pflicht sehe.